Mittwoch, 8. Dezember 1926 · 74. Jahrgang Nr. 578

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Einzel-Nummer 10 Pfennig

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Festtags und Montags einmal. Abonnementspreis einschließlich zweimaliger Zustellung durch die Botenfrau monatlich 80 Pfennig im voraus zahlbar, durch die Post 2,13 Reichsmark monatlich exklusive Zustellung. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. Anzeigen-Preise: Die 1gespaltene Zeile 50 Pfennig, für kleine Anzeigen: das Wort 20 Pfennig; das fettgedruckte Wort 40 Pfennig. Haupt-Expedition: SW. Jerusalemer Str. 46–49. Fernsprecher: Dönhoff Nr. 3460 bis 3462; für den Fernverkehr Nr. 4297 bis 4299. — Rudolf Mosse-Coda. — Postscheckkonto Nr. 524. Rudolf Mosse, Berlin NW. 7. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet. — Filialen: Moritzplatz, Köpenicker Strasse 87–68, Wiener Strasse 1–6, Frankfurter Allee 286, Frankfurter Allee 244, Grosse Frankfurter Strasse 103, Greifswalder Strasse 197, Kochhannstrasse 5.
Chefredakteur: Otto Nuschke.

Mit „Jede Woche Musik"
Moden-Zeitung
Sport-Zeitung
Film-Zeitung
Haus u. Garten-Ztg.
Techn. Zeitung
Witzblatt „U.L.K"
BERLIN 270 KLAR, WIND SCHWACH

Schönhauser Allee 144, Schiffbauerdamm: 4, Rheinsberger Strasse 70, Fennstr. 1, Müllerstrasse 135, Badestrasse 61, Königstrasse 56–57, Rosenthaler Strasse 45, Rathenower Str. 5, Turmstr. 61, Potsdamer Str. 75, Leipziger Str. 103, Zimmerstr. 50, Blücherstr. 60, Fidicinstr. 3, Charlottenburg: Tauentzienstr. 2, Kantstr. 54, Scharrenstr. 39, Nürnberger Str. 25–26, Kaiser-Damm 20, Friedenau: Rheinstr. 13, Hainecke-Grunewald: Hagenerplatz, Lichtenberg: Frankfurter Allee 241, Lichterfelde-West: Curtiustr. 1–2, Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 62–64, Kaiser-Friedrich-Str. 247–48, Pankow: Bornholmer Str. 1, Schmargendorf: Breite Str. 2, Schöneberg: Hauptstr. 23–24, Martin-Luther-Str. 9, Steglitz: Albrechtstr. 130, Tegel: Berliner Str. 18, Tempelhof: Berliner Str. 142, Treptow: Krullstr. 7, Weissensee: Streustr. 126, Wilmersdorf: Uhlandstr. 88, Kaiserplatz 13, Brandenburg: Hauptstr. 4, Brodau: Schweidnitzer Str. 11–12, Köpenick: Schlossstrasse 1, Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a, Niederschöneweide: Brückenstr. 29, Potsdam: Brandenburgerstr. 23, Spandau: Breite Str. 47, Stettin: Mönchenstr. 21.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Republikanische Union an die Front!

Ein Aufruf zur republikanischen Aktion — Auch das Zentrum ist empört über die Scholzsche Extratour

Köln, 7. Dezember.

Die „Rheinische Zeitung", das führende Organ der rheinischen Sozialdemokraten, richtet an die Führer der Republikanischen Union, Wirth, Haas und Löbe, in ihrer heutigen Nummer einen offenen Brief, in dem sie darauf hinweist, daß der Kulturblock, der sich gebildet hat, eines Tages zu einem politischen Bürgerblock von Dauer werden könne. **Die Republikanische Union müsse angesichts dieser Gefahren eine Zusammenfassung der politischen, parlamentarischen Kräfte der republikanischen Parteien zu erzielen suchen und auf eine soziale, demokratische Aktion hinarbeiten.** Eine solche Einigung müsse zunächst für die Reichswehrreform, die Justizreform, für das Arbeitszeit- und Schulgesetz geschaffen werden. Das genannte Blatt schließt seinen offenen Brief mit folgenden Worten: „Wir glauben, die Republikaner und ihre Union haben keine Zeit mehr zu verlieren. Schon in Tagen kann die krisenhafte Innenpolitik zu einer Klärung drängen. Jedenfalls glaubt kein Unterrichteter, daß die jetzigen ungewissen Regierungs- und Mehrheitsverhältnisse länger als nur wenige Wochen ertragen werden können. Im Reichstag fällt die innerpolitische Entscheidung. Dort sind stille, aber gefährliche Kräfte am Werke, die nicht von Versammlung zu Versammlung eilen, aber die Fraktionen zu lenken und Minen zu legen wissen. Dort im Reichstag in den Fraktionen und zwischen den Fraktionen muß sich zeigen, ob die Republikanische Union eine Kraft ist, oder nur ein Schaugebilde.

*

Es wird auch in Berlin keinen Republikaner geben, der nicht diesen offenen Brief mit voller Zustimmung begrüßte. Es ist sehr schön, große Versammlungen zu veranstalten, von stürmischen Kundgebungen umbraust zu werden, in Zeitschriften wohlgesetzte Worte für die Tagesfragen wie für grundsätzliche Dinge zu finden. Gut, so etwas muß auch sein. Wir verkennen die Bedeutung dieser Dinge beileibe nicht. Aber unendlich wichtiger und schlechterdings entscheidend für die nächste Zukunft der Demokratie in Deutschland ist es, ob es in den Kreisen der Republikaner Männer der zupackenden Tat gibt oder nicht. Man kann über die Fehler einzelner Parteien besonders in den letzten Wochen denken, wie man will — soll man deshalb verärgert den Gedanken der großen Koalition, den man als den einzig rettenden in allen republikanischen Lagern erkannt hatte, wieder fallen lassen. Soll man Herrn Scholz tatsächlich die Rolle des Zerstörers der großen Koalition überlassen? Ist es nicht vielmehr nötig, daß nunmehr die republikanischen Kräfte, die beim Schundgesetz bedauerlich auseinanderfielen, wieder gesammelt werden, daß eine straffe Führung sie so zusammenhält, daß keine Scholzschen oder sonstigen Intrigen wieder einen Keil zwischen sie schieben können. Diese Rolle aber, das, was zusammengehört, wieder untrennbar zu einigen, fällt der republikanischen Union zu, deren Führer die Einigung der Republikaner vor breiter Oeffentlichkeit gelobt haben.

Ist diese Einigung erst wieder hergestellt, dann wird sich selbst Herr Scholz sagen müssen, daß seine Extratouren zwecklos seien und nur sehr schleunig dazu führen könnten, ihn als Vorsitzenden einer Fraktion, die politisch ernst genommen werden will, unmöglich zu machen.

Bürgerblock unmöglich

Köln, 7. Dezember.

Unter der Ueberschrift „Eine folgenschwere Extratour" richtet die „Kölnische Volkszeitung" scharfe Angriffe gegen den deutsch-volksparteilichen Abgeordneten Scholz wegen seiner Rede in Insterburg. Das Blatt schreibt: „Es ist kein Geheimnis, wenn wir mitteilen, daß man in Kreisen der Reichsregierung über diese Wendungen in der Rede des Abgeordneten Scholz nicht nur überrascht, sondern auch verstimmt ist. Wir müssen zunächst tatsächlich unserer stärksten Verwunderung darüber Ausdruck geben, daß Herr Scholz in einer derart herausfordernden Weise in schwebende Verhandlungen eingegriffen hat. In der Tat war beabsichtigt, die Frage der Arbeitszeit durch eine ruhige und sachliche Diskussion mit den Sozialdemokraten zu einer Lösung zu bringen, nachdem sich die Regierungsparteien untereinander geeinigt hatten. **Wenn der Führer einer Regierungspartei, die an den Abmachungen über eine bestimmte Verhandlungsmethode beteiligt ist, es jetzt für angebracht hält, in einem so kritischen Augenblick das Porzellan zu zerschlagen, was überhaupt noch übrig ist, dann muß man sich doch ernstlich die Frage stellen, wieweit hier Ungeschicklichkeit oder Absicht im Spiele ist.** Man möchte doch allen Beteiligten den Rat geben, die unsichere Lage, die an inneren Spannungen schon an sich reich genug ist, nicht unbedacht in eine offizielle Krise ausmünden zu lassen. **Wir erwarten, daß man auch von seiten des Zentrums Herrn Scholz ohne Umschweife bedeuten wird, daß Politik nicht gemacht werden kann, wenn man gegenseitige Vereinbarungen trifft und nur einen Teil davon in einer öffentliche Rede bezavoniert."**

Im Zusammenhang mit dieser Kritik zitiert die „Kölnische Volkszeitung" von Stegerwald Worte aus der demnächst erscheinenden Nummer der „Westdeutschen Arbeiterzeitung". Stegerwald warnt darin vor einer Rechtskoalition und lehnt diese mit folgenden Worten ab: „Zu den rückwärtsdrängenden Kräften, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen bereits in der großen Koalition vorhanden sind, auch jene zu einer Dauerkoalition heranholen zu wollen, die sich in der Deutschnationalen Volkspartei placiert haben, ist für alle, die in die Zukunft sehen, **eine politische Unmöglichkeit."**

Schnelldienst

Die österreichische Regierung hat beschlossen, eine internationale Aktion zur Abschaffung der Paßvisa in allen Staaten einzuleiten.

Die Parteivertretung der Deutschnationalen Volkspartei hat nach Beendigung der politischen Aussprache den Grafen Westarp einstimmig zum Parteivorsitzenden wiedergewählt.

Der englische Schatzkanzler Winston Churchill, der sich eine Woche lang in Paris aufgehalten hat, hat heute die Rückreise nach London angetreten.

Die Zahl der Arbeitslosen in England betrug am 29. November 1 496 100, was gegenüber der Vorwoche eine Verminderung um 18 838 bedeutet.

Der König von Dänemark hat den Führer der Bauernpartei, Abgeordneten Neergard, mit der Kabinettsbildung beauftragt.

Von heute Mitternacht ab hat die englische Regierung die freie Ausfuhr von Kohle, mit Ausnahme des Anthrazits, genehmigt.

Der Rücktritt des jugoslawischen Kabinetts Uzonowitsch wird amtlich bestätigt.

Die in Hankau gelandeten britischen Marinestreitkräfte wurden zurückgezogen, nachdem die chinesischen Behörden den Schutz der britischen Konzession zugesagt hatten.

Deutschland, Frankreich und Italien

Mussolinis Rattenfängerpolitik

Von unserem Korrespondenten
Alfred Sternstein (Rpm)

Die Abende am Genfer See werden wahrscheinlich etwas beschaulicher verlaufen als das letzte Mal. Premierenstimmung läßt sich leider nicht kondensieren. Auf den Wonnemond folgen kalendergemäß immer noch Winterstürme, die auch kaum zu Ausflügen nach reblaubumrankten Gaststätten verleiten dürften. Das Barometer steht auf Veränderlich, es ist nicht zu leugnen, genau wie die Tatsache, daß nach dem verheißungsvollen Frühstück keine weitere Einladung seitens Mariannes erfolgt ist. Ueber die deutsch-französische Annäherung, unerfüllte Hoffnungen und berechtigte Wünsche, ist hüben und drüben genug gesagt worden. Zugegeben, daß die Fanarenstöße etwas zu kräftig waren, daß die Anzahl der Bankette nicht dem real Erreichten entsprach, nur Toren oder jene Kreise, die ständig den Gegenspieler zu dem von ihnen so oft und so falsch zitierten Faust stellen, können den inneren Fortschritt seit Thoiry leugnen. Jahrzehntelang gehörte der Begriff des „Erbfeindes" zum Katechismus, der der heranwachsenden Jugend eingepaukt wurde, und jetzt schreit man „Betrug", weil der ersten bräutlichen Umarmung nicht nach vorschriftsmäßiger Zeit das Wunderkind der Völkerliebe entspringen will.

Parallel mit dieser Verstimmung, die agitatorisch geschürt wird, laufen andere Geschehnisse, die Atmosphäre des Vertrauens, ohne die ein Finale zwischen Berlin und Paris überhaupt nicht möglich ist, weiter trüben und den Wirrwarr nur noch vermehren. Wie immer zu Zeiten der Unstimmigkeit, taucht der Schatten Mussolinis wie ein Menetekel an der Wand auf. Die italienische Politik hat es zu allen Zeiten meisterhaft verstanden, den tertius gaudens zu spielen und aus der jeweiligen Konstellation die günstigsten Schlüsse zu ziehen, und der Fascio, der sich ja zu dem in politischen Mitteln skrupellosen geistigen Ahnen Macchiavelli bekennt, steigerte diese Kunst des Opportunismus zu einer gewissen Virtuosität. Jeder Staat betreibt die Politik, die ihm paßt. Es fragt sich nur, ob sie unseren Interessen ebenso dienlich ist, und ob man bei diesem Versteckspiel auch den richtigen und zuverlässigen Partner erhascht. Im Augenblick, als die Standalaffäre Garibaldi losging, als nach dem Attentat die hiesigen Patrioten ihrer Vaterlandsliebe dadurch Ausdruck geben zu müssen glaubten, daß sie französische Hoheitszeichen anflegelten, konnte man sicher sein, daß nun dem deutschen Gretchen Schalmeien in die Ohren klingen würden.

Es ist gewiß äußerst schmeichelhaft, über unsere Leistungsfähigkeit, Energie, Klugheit, Disziplin und sonstige „germanische Tugenden" jetzt so viel zu lesen und im persönlichen Verkehr zu hören, aber leider ist die Absicht zu spürbar, um nicht verstimmt zu werden, denn dieser Sirenengesang lockt nicht zu fruchtbaren Gestaden, sondern zwischen Klippen. Bisweilen gewinnt man allerdings den Eindruck, daß die Wilhelmstraße anderer Meinung ist. Jetzt, wo wir über Nacht wie im Märchen plötzlich ein offiziöses Blatt besitzen, entfinnt man sich, daß schon im Sommer die „Deutsche Allgemeine Zeitung" eine Artikelserie herausbrachte, die offensichtlich der deutsch-italienischen Annäherung dienen sollte, und der Mailänder Korrespondent hielt es unlängst für nötig, den italienischen Ministerpräsidenten zu interviewen. Salomonische Weisheiten wurden nicht verlautbar. Viel besseres Material, allerdings in umgekehrtem Sinne, findet sich in den zahlreichen Reden. Kein vernünftiger Mensch wird gegen einen Modus vivendi mit Italien etwas einzuwenden haben, wie ja auch die dieser Tage beendigten Ergänzungsverhandlungen zum Handelsabkommen beweisen, aber zwischen freundlich getönten Be-

Noch immer kein Ministerpräsident

Auch der zweite Wahlgang in Sachsen gescheitert

Dresden, 7. Dezember.

Der sächsische Landtag hatte auf seiner heutigen Tagesordnung wiederum die Wahl des Ministerpräsidenten stehen. Der Kandidat der sozialistischen Fraktion, Hermann Fleißner, vereinigte auf sich wieder die 31 Stimmen der Sozialisten und die 14 Stimmen der Kommunisten. Die übrigen Fraktionen wählten, wie voriges Mal, ihre Vorsitzenden, mit Ausnahme der Fraktionen der Nationalsozialisten und der Aufwertungspartei, die beide für den Vorsitzenden der Fraktion der Wirtschaftspartei stimmten. Für die Ratlosigkeit innerhalb der Aufwertungspartei ist es bezeichnend, daß ihre Abgeordneten sich im Landtage der Wirtschaftspartei anschließen, die bei ihrer starken Durchsetzung mit Vertretern des Hausbesitzes größtenteils gerade diejenigen Interessen vertritt, die denen der in der Aufwertungspartei vertretenen Hypothekengläubiger und Sparer entgegengesetzt sind.

Die durch die Verfassung bestimmte absolute Mehrheit, die 48 Stimmen betragen müßte, wurde wiederum nicht erreicht, so daß der Landtagspräsident verkünden mußte, daß auch diese zweite Wahl des Ministerpräsidenten resultatlos verlaufen ist.

Kohlennot im Ruhrgebiet

Die Bäcker können nicht backen

Röchlingshausen, 7. Dezember.

In einem Teil des Ruhrgebietes ist die Kohlennot so groß, daß sich sogar die Behörden veranlaßt gesehen haben, einzugreifen und die Zechen zur Abgabe größerer Mengen Kohle an die privaten Bezieher zu bewegen. Der Amtmann vom Horst hat an den Reichskohlenkommissar in Berlin ein Telegramm gerichtet, in dem er um Aufhebung der Kohlenrationierungsbestimmungen für die Gemeinde Horst ersucht.

Ausgerechnet in Horst, einer Gemeinde, in der wegen großer Kohlenförderung zwei Zechen stillgelegt wurden, steht ein Teil der Gewerbetreibenden vor der Tatsache, infolge des Kohlenmangels nicht weiter arbeiten zu können. Die Schulen haben keine Kohlen mehr. Einige Bäcker wissen nicht, wie sie ihren Betrieb die Woche hindurch weiterführen sollen. Der Amtmann hat mit den Zechenverwaltungen verhandelt. Die Zechenverwaltungen berieten sich auf die Verordnung des Kohlenkommissars und erklärten, vor dem 15. Dezember keine größeren Kohlenmengen für den Landabsatz abgeben zu können.

Kußmann — ist wieder im Amt

Das Disziplinarverfahren schwebt noch

Der viel genannte Assessor Dr. Kußmann ist — nach längerem Urlaub — beim Amtsgericht Pankow wieder als Hilfsrichter eingestellt worden. Dazu erklärt das preußische Justizministerium: „Gegen Kußmann schwebt ein Disziplinarverfahren, dessen Gang vom Generalstaatsanwalt beim Kammergericht dauernd verfolgt wird, insbesondere auch nach der Richtung hin, ob die Ergebnisse des Verfahrens es rechtfertigen, den Antrag auf Amtsfuspension zu stellen. Solange eine solche Suspension nicht ausgesprochen ist, kann dem Assessor Kußman eine Beschäftigung im Justizdienste nicht verweigert werden." Diese Erklärung zeigt, wie reformbedürftig die bisherige Art des Disziplinarverfahrens gegen Richter ist. Es ist jedenfalls zu erwarten daß das Disziplinarverfahren so sehr wie möglich beschleunigt wird. Denn es ist ein Unding, daß ein Mann, auf dem so viele und schwere Vorwürfe lasten, als Richter amtiert.